



PadAlz e.V.

Paderborner Arbeitslosenzentrum

Hathumarstr. 28
33098 Paderborn

Offener Brief

an

die Bundestagsabgeordneten Frau Ute Berg, Herr Gerhard Wächter
die Fraktionen des Deutschen Bundestages,
die Landtagsabgeordneten Frau Sigrid Beer, Frau Maria Westerhorstmann, Frau
Ingrid Pieper-von Heiden, Herr Wolfgang Schmitz
die Fraktionen des Landtages,
die Ratsfraktionen des Rates der Stadt Paderborn
den Landrat des Kreises Paderborn
den Bürgermeister der Stadt Paderborn

**Betr.: Korrekturen an der Arbeitsmarktreform Hartz IV, sogen.
„Optimierungsgesetz“**

Sehr geehrte Damen und Herren,

diese Meldung hörten wir am 2. Mai in der Tagesschau (hier Auszüge):

*„Die Bundesregierung hat Korrekturen an der Arbeitsmarktreform Hartz IV beschlossen, ... Es soll verhindert werden, dass die so genannte Grundsicherung missbraucht wird. **Dabei geht es unter anderem um eine Beweislastumkehr bei Bedarfsgemeinschaften. Künftig sollen zusammenlebende Paare im Zweifelsfall nachweisen, dass sie keine solche Gemeinschaft bilden und sich deshalb nicht gegenseitig finanziell unterstützen müssen.***

*Ein **neuer Außendienst der Job-Center** und ein **erweiterter Datenabgleich** sollen in größerem Umfang als bisher Leistungsmissbrauch beim Arbeitslosengeld II aufdecken. Bei dem Datenabgleich geht es darum, auch mit der Hilfe anderer Behörden verschwiegene Einkommens- und Vermögensquellen aufzuspüren.*

Neue Antragsteller für Arbeitslosengeld II sollen ein Sofortangebot für eine Beschäftigung oder Qualifizierung erhalten, um ihre Arbeitsbereitschaft zu prüfen. ...“

Was wir befürchtet haben, tritt ein, und wir ahnen: das ist nicht das Ende der Fahnenstange.

Wir sind es müde zu protestieren, zu mahnen und auf die Folgen dieser menschenverachtenden Politik hinzuweisen.

Wir sind es müde, als Erwerbssuchende unter einen pauschalen Missbrauchsverdacht, als erwachsene Menschen unter die gesetzliche „Betreuung“ des Staates gestellt zu werden. Wir werden unserer bürgerlichen Rechte und Freiheiten beraubt.

Wir sind es müde als Bürgerinnen und Bürger dieses Staates durch einen „Spitzeldienst“ der Behörde bis in das Bett und unsere Intimsphäre hinein beschnüffelt zu werden. Die Kontrolle des Staates über unsere intimsten Beziehungen verletzt uns. Die Unverletzlichkeit der Wohnungen ist bedroht.

Wir sind Opfer einer verfehlten Politik, die es nicht wagt, das große Kapital notfalls dazu zu zwingen, existenzsichernde Arbeitsplätze zu schaffen und seinen Beitrag zur sozialen Sicherung der Menschen zu leisten. Diese Politik verführt Arbeitgeber dazu, normale Arbeitsplätze in den Niedriglohnsektor zu verlagern. Diese Politik bedroht den Zusammenhalt unserer Gesellschaft, sie gefährdet unsere Freiheit und unsere Demokratie.

Wir sind auch die fortgesetzten Rechtfertigungsreden der Politiker leid, ihre gebetsmühlenartig wiederholten Hinweise auf die „Globalisierung“, auf den „europäischen Wettbewerb“, die angeblich keine Alternative zur Sozialdemontage übrig lassen. Hier in der Stadt Paderborn erleben werden die Auswirkungen dieser Politik und wir erleben die Angst vor dem Verlust der Arbeit, vor Verarmung, die Angst um das tägliche Brot. Diese Politik ist eine Politik gegen uns alle und nimmt den einzelnen Menschen nicht ernst.

Wir sind es leid, erleben zu müssen, daß die von uns gewählten Mandatsträger die Ziele und Werte des Grundgesetzes und der Verfassung des Landes NRW nicht beachten und einer solchen Politik zustimmen.

Wir sind es leid, von sogenannten Wirtschaftsweisen, Stiftungen und Initiativen Parolen und Erklärungen anhören zu müssen, die uns weismachen wollen, dass Arbeitnehmer auf einen existenzsichernden Lohn verzichten müssen. Diese „Experten“ sind Propheten des Geldes, die uns zu funktionierenden Leistungsträgern machen. Menschen sind nur noch ein „Kostenfaktor“.

Wir fordern die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, diese Korrekturen abzulehnen und

wir fordern alle Mandatsträger in den demokratischen Parteien auf, sich ihrer Aufgabe bewußt zu werden und sich für das Wohl der Menschen, die sie vertreten, einzusetzen. Statt sich in ihren Entscheidungen von Fachexperten abhängig zu machen, sollen sie sich endlich wieder der Lebenswirklichkeit der Menschen in ihren Wahlkreisen zuwenden und ihre Sorgen und Hoffnungen wahrnehmen und vertreten.

Wir fordern alle engagierten Personen in den Kirchen und Gewerkschaften, in Initiativen, den Sozial- und Wohlfahrtsverbänden auf, endlich Stimme der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der Erwerbssuchenden, der Notleidenden zu

sein. Es ist nicht ihre Aufgabe, den Betroffenen die Welt zu erklären, sondern den Machthabern gegenüber für die Rechte der Betroffenen einzutreten.

Wir fordern alle Mitbürgerinnen und Mitbürger auf, Respektlosigkeit und Menschenverachtung ihnen gegenüber nicht zuzulassen, sich ihrer Freiheit und Menschenrechte bewusst zu werden, aufzustehen und solidarisch mit allen Menschen für ein besseres Leben zu kämpfen.

Mit freundlichen Grüßen

i. A. Hans-Dieter Luerweg

für den Vorstand des Arbeitslosenzentrum

Paderborn, den 5. Mai 2006

Hans-Dieter Luerweg
An den Kapuzinern 5
33098 Paderborn